

## Vorlage Stadtparlament

**Datum** 5. Mai 2026  
**Beschluss Nr.** 1478  
**Aktenplan** 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### **Einfache Anfrage SP/JUSO/PFG-Fraktion: Fragwürdiger Umgang der Stadtpolizei mit der «Mass-Voll»-Demonstration vom 14. Februar 2026; Beantwortung**

Am 14. Februar 2026 reichte die SP/JUSO/PFG-Fraktion die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Fragwürdiger Umgang der Stadtpolizei mit der «Mass-Voll»-Demonstration vom 14. Februar 2026» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

##### **1.1 Allgemeines zur Bewilligung von Demonstrationen**

Wenn der Gebrauch des öffentlichen Grundes nicht mehr bestimmungsgemäss oder gemeinverträglich ist, liegt gesteigerter Gemeingebrauch vor. Gesteigerter Gemeingebrauch auf öffentlichem Grund bedarf einer polizeilichen Bewilligung.<sup>1</sup> Diese Bewilligungspflicht hat zum Ziel, verschiedene Nutzungsbedürfnisse unter Vermeidung von Konflikten zu koordinieren.<sup>2</sup> Die Bewilligungspflicht infolge gesteigerten Gemeingebrauchs betrifft im Einklang mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung<sup>3</sup> auch politische Demonstrationen, mit oder ohne Umzug.<sup>4</sup> Bei der Ausübung ideeller Grundrechte wie insbesondere der Meinungs-, Versammlungs- sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit besteht indes ein bedingter Anspruch auf gesteigerten Gemeingebrauch. Bei der Inanspruchnahme von solchen ideellen Grundrechten soll das Bewilligungsverfahren darauf abzielen, deren Ausübung zu ermöglichen. Das bedeutet, dass die Bewilligung erteilt werden muss, wenn keine gewichtigen Interessen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entgegenstehen. Eine darüber hinaus gehende Inhaltskontrolle ist nicht zulässig<sup>5</sup>, auch provozierende Demonstrationen sind grundsätzlich zu bewilligen.<sup>6</sup> Eine Demonstration darf nicht allein deshalb untersagt werden, weil mit der Teilnahme

---

<sup>1</sup> Vgl. Art. 8 des Polizeireglements vom 16. November 2004 (PolR; SR 412.11). Siehe auch Art. 21 ff. des Strassengesetzes vom 12. Juni 1988 (StrG; sGS 732.1).

<sup>2</sup> Vgl. Ulrich Häfelin / Georg Müller / Felix Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. A., Dike Verlag AG, Zürich/St.Gallen 2020, Rz 2274 ff.

<sup>3</sup> Vgl. BGE 127 I 164.

<sup>4</sup> Vgl. Art. 8 Abs. 1 lit. a PolR.

<sup>5</sup> Vgl. BGE 132 I 256.

<sup>6</sup> Vgl. Ulrich Häfelin / Georg Müller / Felix Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. A., Dike Verlag AG, Zürich/St.Gallen 2020, Rz 2306, mit Bezugnahme auf die einschlägige Rechtsprechung.

von Personen zu rechnen ist, die in ihrer Gesinnung tatsächlich oder mutmasslich dem politischen Extremismus zuzuordnen sind. Der Gefahr von Konflikten kann im Rahmen einer Bewilligungserteilung mit Bedingungen oder Auflagen begegnet werden.<sup>7</sup> Die Verweigerung einer Bewilligung darf hingegen nur «ultima ratio» sein. Dies gilt erst recht dann, wenn die Verweigerung eine Veranstaltung betreffen soll, welche nicht selber unmittelbar für die bestehende Konfliktsituation verantwortlich ist.<sup>8</sup>

## **1.2 Zu den Demonstrationen vom 14. Februar 2026**

Für den Samstag, 14. Februar 2026, waren in der Stadt St.Gallen zwei Demonstrationen bewilligt, welche sich beide gegen eine Impfpflicht im Kanton St.Gallen richteten.<sup>9</sup> Die erste Demonstration – jene der Gruppierung «Mass-Voll» – sollte um 12.30 Uhr am Kornhausplatz starten, durch die Innenstadt führen und wieder zum Kornhausplatz zurückführen. Die zweite Demonstration begann um 13.30 Uhr beim Leonhardspärkli und endete dort nach einem Umzug durch die Innenstadt auch wieder. Diese zweite Demonstration, an der rund 300 Personen teilnahmen, verlief ohne Probleme und endete kurz nach 16.00 Uhr. Bei der Demonstration der Gruppierung «Mass-Voll», an der rund 600 Personen teilnahmen, kam es hingegen zu Vorfällen. An der Demonstration nahmen auch Personen teil, welche der Gruppierung «Junge Tat» zuzurechnen sind. Die Stadtpolizei hatte infolge entsprechender Aufrufe in den sozialen Medien Kenntnis von möglichen Störaktionen gegen diese Demonstration. Sie stand mit einem verstärkten Aufgebot im Einsatz und wurde durch Mitarbeitende der Kantonspolizei St.Gallen unterstützt.

Am Besammlungsort der «Mass-Voll»-Demonstration am Kornhausplatz musste festgestellt werden, dass sich Demonstrationsteilnehmende mit Hellebarden ausstatteten. Polizeilicherseits wurde zunächst in Erwägung gezogen, das Mitführen der Hellebarden zu dulden, sofern dies in der Mitte des Umzugs geschehen würde. In der Folge ergab sich indes, dass rund 30 mehrheitlich vermummte Personen vom Oberen Graben in die St.Leonhard-Strasse einbogen und zu rennen begannen. Diese Gruppierung bewegte sich vorgängig von der Museumstrasse via Bohl über den Marktplatz zum Oberen Graben. Es wurden Transparente mitgeführt, die sich gegen Rechtsextremismus bzw. Faschismus richteten, und pyrotechnische Gegenstände gezündet. Für diesen Umzug bestand keine Bewilligung, und bei der Stadtpolizei wurde auch keine beantragt. Die Polizei sperrte die St.Leonhard-Strasse auf Höhe Schützengasse, um ein direktes Durchbrechen in Richtung «Mass-Voll»-Demonstration zu verhindern. Daraufhin rannten die Personen in die Schützengasse bzw. Hintere Schützengasse, wo schliesslich vier Personen polizeilich angehalten wurden. Es wurden zudem pyrotechnische Gegenstände sichergestellt. Für den Demonstrationsumzug von «Mass-Voll» ordnete die Stadtpolizei daraufhin an, dass keine Hellebarden mitgeführt werden durften. Die für die Demonstration Verantwortlichen lehnten dies ab, worauf die Bewilligung für den Demonstrationsumzug entzogen wurde. Die Demonstrierenden marschierten trotzdem in Richtung Innenstadt los. Um eine Eskalation gerade auch mit Auswirkungen auf Dritte zu verhindern, wurde polizeilich davon abgesehen, den Demonstrationsumzug zu stoppen. Die Polizei musste in der Folge verschiedentlich Einfluss nehmen, um Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern zu verhindern. Ab 14.00 Uhr löste sich die Kundgebung auf dem Kornhausplatz auf.

---

<sup>7</sup> Vgl. Art. 14ter Abs. 2 PolR.

<sup>8</sup> Vgl. Basler Kommentar Bundesverfassungsrecht, Art. 22 BV, Maya Hertig, in: Bernhard Waldmann, Eva Maria Belser, Astrid Epiney, Bundesverfassungsrecht, 2. A., Helbling Lichtenhahn Verlag 2025, Rz 29.

<sup>9</sup> Siehe dazu auch die Vernehmlassung zur [Totalrevision des kantonalen Gesundheitsgesetzes](#).

Die Polizei hielt mehrere Personen an; einige waren den Störaktionen, andere dem Demonstrationsumzug von «Mass-Voll» zuzuordnen. Die angehaltenen Personen stammten aus der ganzen Deutschschweiz. Die Bearbeitung von Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft ist im Gange. Aufgrund der Vorkommnisse kam es zu zeitweiligen Behinderungen des Individual- und öffentlichen Verkehrs. Im Nachgang lagen keine Informationen vor, wonach es zu verletzten Personen oder Sachbeschädigungen gekommen wäre. Zweieinhalb Wochen später wurde durch die Medien der Vorwurf aufgegriffen, ein Demonstrationsgegner hätte anlässlich seiner polizeilichen Anhaltung einen Rippenbruch erlitten. Bis anhin kam es dazu jedoch zu keiner direkten Kontaktaufnahme mit der Stadtpolizei.<sup>10</sup>

## 2 Beantwortung der Fragen

1. *Wie beurteilt der Stadtrat die Bewilligungspraxis der vorstehend genannten «Mass-Voll»-Demonstration? Wurden die rechtsextremen Verbindungen der Verantwortlichen, der Einsatz von Waffen sowie Parallel-Anlässen wie die Fasnacht und das FCSG-Heimspiel berücksichtigt?*

Am 14. Februar 2026 war in St.Gallen Fasnacht, um 18.30 Uhr erfolgte beim Vadiandenkmal der Föbü-Verschuss. Am gleichen Tag fand im Kybunpark mit Spielbeginn um 18.00 Uhr das Fussballspiel zwischen dem FC St.Gallen und dem Grasshopper Club Zürich statt.<sup>11</sup> Beide Anlässe wurden im Bewilligungsverfahren zu den beiden Demonstrationen gerade auch hinsichtlich deren zeitlicher Ansetzung berücksichtigt. Dies gilt ebenso für den Umstand, dass mit der Teilnahme von Personen aus dem rechtsextremistischen Politspektrum sowie mit Störaktionen gegen die Demonstrationen, insbesondere gegen die «Mass-Voll»-Demonstration, gerechnet werden musste. Die Bewilligungen wurden in Beachtung der rechtlichen Vorgaben erteilt.

2. *Inwiefern beurteilt der Stadtrat den Umgang der Polizei mit der Demonstration (Polizeieinsatz)? Sind die getroffenen Massnahmen gegenüber des Demozugs sowie gegen Einzelpersonen als geeignet und verhältnismässig zu werten?*

Im Vorfeld jeder beabsichtigten Demonstration erfolgt eine polizeiliche Beurteilung. Die tatsächlichen Verhältnisse anlässlich einer Demonstration zeigen sich konkret aber erst zum Zeitpunkt der Durchführung vor Ort. Am 14. Februar 2026 war festzustellen, wie sich am Kornhausplatz Teilnehmende der «Mass-Voll»-Demonstration mit Hellebarden ausstatteten. Für den Demonstrationsumzug von «Mass-Voll» wurde schliesslich angeordnet, dass die Hellebarden vorab abzugeben sind. Die Verantwortlichen lehnten dies ab, worauf die Bewilligung für den Demonstrationsumzug entzogen wurde. Die rund 600 Teilnehmenden marschierten in der Folge gleichwohl los. Für die polizeiliche Beurteilung dieser Problemstellung war gerade auch von zentraler Bedeutung, dass polizeiliches Handeln eine Situation nicht noch verschlimmern sollte. Gemäss polizeilicher Beurteilung erschien es weniger prekär, den Demonstrationsumzug einstweilen unter polizeilicher Begleitung gewähren zu lassen, als gegen 600 Demonstrierende zu intervenieren, was auch für Drittpersonen unüberschaubare Konsequenzen hätte nach sich ziehen können. Bei der Begleitung des Demonstrationsumzugs wurden dabei auch Vorkehrungen getroffen, um Konfrontationen zwischen Demonstrationsteilnehmenden einerseits sowie

---

<sup>10</sup> Stand: 23. März 2026. Siehe zu dieser Angelegenheit den Beitrag «[Polizeigewalt in St. Gallen: Nach Rippenbruch eine Mauer des Schweigens](#)» im Onlinemagazin Das Lamm.

<sup>11</sup> Die Begegnung stellte kein Hochrisikospiele dar.

Demonstrationsgegnerinnen und -gegnern andererseits möglichst zu verhindern. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass das polizeiliche Vorgehen am 14. Februar 2026 vernünftig und verhältnismässig war.

*3. Ergreift die Stadt St.Gallen vorliegend strafrechtliche Anzeige gegen Nicolas Rimoldi und die weiteren Organisator\*innen der Demonstration?*

Wie eingangs dargelegt wurde, ist die Bearbeitung von Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft im Gange. Dabei werden Straftaten unabhängig einer allfälligen politischen Prägung zur Anzeige gebracht.

*4. Beabsichtigt der Stadtrat eine Aufarbeitung des Geschehenen?*

Die Stadtpolizei führt nach jedem grösseren Polizeieinsatz eine interne Nachbeurteilung durch. Dies war auch im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 14. Februar 2026 der Fall. Darüber hinaus ist eine strafrechtliche Auf- bzw. Nachbearbeitung im Gange. Vor diesem Hintergrund erachtet der Stadtrat eine zusätzliche Aufarbeitung der Ereignisse vom 14. Februar 2026 als nicht erforderlich.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 14. Februar 2026